

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2013/14110]

26 MAI 2012. — Arrêté royal portant exécution de la loi du 28 décembre 2011 modifiant la loi du 19 décembre 2006 relative à la sécurité d'exploitation ferroviaire, en vue d'instaurer des amendes administratives. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 26 mai 2012 portant exécution de la loi du 28 décembre 2011 modifiant la loi du 19 décembre 2006 relative à la sécurité d'exploitation ferroviaire, en vue d'instaurer des amendes administratives (*Moniteur belge* du 28 juin 2012).

Cette traduction a été établie par le Service de traduction du Service public fédéral Mobilité et Transports à Bruxelles.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2013/14110]

26 MEI 2012. — Koninklijk besluit tot uitvoering van de wet van 28 december 2011 tot wijziging van de wet van 19 december 2006 betreffende de exploitatieveiligheid van de spoorwegen, met het oog op de invoering van bestuurlijke boetes. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 26 mei 2012 tot uitvoering van de wet van 28 december 2011 tot wijziging van de wet van 19 december 2006 betreffende de exploitatieveiligheid van de spoorwegen, met het oog op de invoering van bestuurlijke boetes (*Belgisch Staatsblad* 28 juni 2012).

Deze vertaling is opgemaakt door de Vertaaldienst van de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer in Brussel.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C – 2013/14110]

26. MAI 2012 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 28. Dezember 2011 zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs mit dem Ziel, administrative Geldbußen einzuführen. — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlicher Erlass vom 26. mai 2012 zur Ausführung des Gesetzes vom 28. Dezember 2011 zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs mit dem Ziel, administrative Geldbußen einzuführen

Diese Übersetzung ist vom Übersetzungsdienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen in Brüssel erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

26. MAI 2012 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 28. Dezember 2011 zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs mit dem Ziel, administrative Geldbußen einzuführen

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, Artikel 108;

Aufgrund des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs, Artikel 59/2, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Dezember 2011 zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs mit dem Ziel, administrative Geldbußen einzuführen;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 1. Februar 2012;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für Haushalt vom 27. Februar 2012;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 51.138/4 des Staatsrates, das am 23. April 2012 abgegeben wurde;

In der Erwägung, dass in Anwendung von Artikel 19/1 des Gesetzes vom 5. Mai 1997 über die Koordinierung der föderalen Politik der nachhaltigen Entwicklung, eine vorherige Untersuchung hinsichtlich der Notwendigkeit der Durchführung einer Nachhaltigkeitsprüfung (die NP ») durchgeführt wurde;

In der Erwägung, dass daraus hervorgeht, dass eine NP nicht erforderlich ist;

Auf Vorschlag der Ministerin des Innern und des Staatssekretärs für Mobilität und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Der vorliegende Erlass setzt teilweise die Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 95/18/EG des Rates über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen und der Richtlinie 2001/14/EG über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung, abgeändert durch die Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008, der Richtlinie 2008/110/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 und der Richtlinie 2009/149/EG der Kommission vom 27. November 2009, um.

Art. 2 - Die folgenden Verstöße gegen den Königlichen Erlass vom 16. Januar 2007 über die Sicherheitsanforderungen und -verfahren, die auf den Betreiber der Eisenbahninfrastruktur und die Eisenbahnunternehmen anwendbar sind, werden wie folgt geahndet :

1. Das Eisenbahnunternehmen oder der Fahrwegbetreiber, das/der eine Person die Funktion eines Triebfahrzeugführers ausüben lässt, obwohl diese kein Inhaber der in Artikel 8 § 3 genannten Fahrerlaubnis ist, wird mit einer administrativen Geldbuße von 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

2. Das Eisenbahnunternehmen oder der Fahrwegbetreiber, das/der eine Person die Funktion eines Triebfahrzeugführers ausüben lässt, obwohl die in Artikel 8 § 3 genannte Fahrerlaubnis nicht mehr gültig ist, wird mit einer administrativen Geldbuße von 2.000 bis 4.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

3. Ein Verstoß gegen Artikel 8 § 4 Absatz 2 wird mit einer administrativen Geldbuße von 500 bis 1.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße ersten Grades;

4. Die Nichteinhaltung der in Artikel 8 § 5 von Anlage I genannten Vorschriften wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades.

Art. 3 - Die folgenden Verstöße gegen den Königlichen Erlass vom 16. Januar 2007 über die Festlegung gewisser Regeln bezüglich der Untersuchungen nach Eisenbahnunfällen und -störungen werden wie folgt geahndet:

1. Ein Verstoß gegen Artikel 3 § 1 wird, allein was die Punkte 3 und 4 der Anlage 1 anbetrifft, mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

2. Ein Verstoß gegen Artikel 3 § 2 wird mit einer administrativen Geldbuße von 500 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

3. Ein Verstoß gegen Artikel 8 wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 4.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

4. Ein Verstoß gegen Anlage III wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

5. Ein Verstoß gegen Anlage IV wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades.

Art. 4 - Die folgenden Verstöße gegen den Königlichen Erlass vom 13. März 2007 über das Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme der Eisenbahnsicherheitsbehörde und die Veröffentlichung der nationalen Eisenbahnsicherheitsvorschriften werden wie folgt geahndet:

1. Keine Übermittlung der in Artikel 2 genannten Dokumente wird mit einer administrativen Geldbuße von 100 bis 500 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße ersten Grades;

2. Die Nichtanpassung des Entwurfs gemäß der in Artikel 5 Absatz 2 genannten Stellungnahme der Sicherheitsbehörde wird mit einer administrativen Geldbuße von 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

3. Ein Verstoß gegen Artikel 8 Absatz 1 wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades.

Art. 5 - Die folgenden Verstöße gegen den Ministeriellen Erlass vom 9. Juni 2009 zur Annahme eines Lastenheftes für das Sicherheitspersonal werden wie folgt geahndet:

1. Ein Verstoß gegen Punkt 2.1.4 des Teils A des Anhangs Lastenheft für das Sicherheitspersonal» wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

2. Die Nichteinhaltung der Bestimmungen hinsichtlich der in Punkt 3.2.1.4 des Teils A der Anlage Lastenheft für das Sicherheitspersonal» festgelegten Bescheinigung der Streckenkenntnisse, wird mit einer administrativen Geldbuße von 4.000 bis 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

3. Die Nichteinhaltung der Bestimmungen hinsichtlich der in Punkt 3.2.1.5 des Teils A der Anlage Lastenheft für das Sicherheitspersonal» festgelegten Bescheinigung der Materialkenntnis, wird mit einer administrativen Geldbuße von 4.000 bis 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades.

Art. 6 - Die folgenden Verstöße gegen den Königlichen Erlass vom 13. November 2009 zur Festlegung des verordnungsrechtlichen Rahmens der nationalen Sicherheitsvorschriften werden wie folgt geahndet:

1. Die Nichteinhaltung der in Artikel 3 § 1 Absatz 3 genannten Bestimmungen wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

2. Ein Verstoß gegen Artikel 4 wird mit einer administrativen Geldbuße von 100 bis 500 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße ersten Grades;

3. Die Nichterreichung eines besonderen in Artikel 5 genannten Sicherheitsziels wird mit einer administrativen Geldbuße von 4.000 bis 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades.

Art. 7 - Die folgenden Verstöße gegen den Ministeriellen Erlass vom 30. Juli 2010 zur Annahme einschlägiger Anforderungen bezüglich des Rollmaterials zur Benutzung von Zugtrassen werden wie folgt geahndet:

1. Die Nichteinhaltung der in Punkt 12.1.b des Teils B Technische Anforderungen» der Anlage festgelegten Bestimmungen wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

2. Die Nichteinhaltung der in Punkt 12.2.d des Teils B Technische Anforderungen» der Anlage festgelegten Bestimmungen wird mit einer administrativen Geldbuße von 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades.

Art. 8 - Die folgenden Verstöße gegen den Königlichen Erlass vom 15. Mai 2011 über die Festlegung der Anforderungen an das Sicherheitspersonal werden wie folgt geahndet:

1. Ein Verstoß gegen Teil A Punkt 2 Zertifizierung des Sicherheitspersonals» der Anlage, einer Person zu erlauben, eine Sicherheitsfunktion auszuüben für die sie nicht zertifiziert ist, wird mit einer administrativen Geldbuße von 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

2. Die Nichteinhaltung der Bestimmungen hinsichtlich der in Punkt 1.2 des Teils A der Anlage genannten Mitteilung an den DSIE wird mit einer administrativen Geldbuße von 100 bis 500 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße ersten Grades;

3. Ein Verstoß gegen die ersten beiden Sätze des Punktes 3.1 des Teils A der Anlage wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.000 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

4. Die Nichteinhaltung der Bestimmungen hinsichtlich der in Punkt 4 des Teils A der Anlage genannten Sprachkenntnisse wird mit einer administrativen Geldbuße von 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

5. Die Nichteinhaltung der Bestimmungen hinsichtlich des in Punkt 6.2 Absatz 2 des Teils A der Anlage definierten Konsums von Alkohol und psychoaktiven Substanzen wird mit einer administrativen Geldbuße von 2.000 bis 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

6. Ein Verstoß gegen Punkt 7.2 des Teils A der Anlage wird mit einer administrativen Geldbuße von 2.000 bis 8.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades.

Art. 9 - Artikel 10 des vorliegenden Erlasses setzt teilweise die Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen, um. Weiterhin führt dieser Artikel ebenfalls die Verordnung (EU) Nr. 36/2010 der Kommission vom 3. Dezember 2009 über Gemeinschaftsmodelle für die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer, Zusatzbescheinigungen, beglaubigte Kopien von Zusatzbescheinigungen und Formulare für den Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis für Triebfahrzeugführer gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates aus.

Art. 10 - Die folgenden Verstöße gegen den Königlichen Erlass vom 22. Juni 2011 über die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer und die Register der Fahrerlaubnisse und Bescheinigungen werden wie folgt geahndet :

1. Ein Verstoß gegen Artikel 9 Nr. 1 wird mit einer administrativen Geldbuße von 500 bis 2.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße zweiten Grades;

2. Ein Verstoß gegen Artikel 9 Nr. 2 wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.500 bis 4.000 Euro geahndet. Ausgenommen davon sind die Bestimmungen zum Schutz des Privatlebens. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades;

3. Ein Verstoß gegen Artikel 9 Nr. 3 wird mit einer administrativen Geldbuße von 1.500 bis 4.000 Euro geahndet. Es handelt sich dabei um eine Geldbuße dritten Grades.

Art. 11 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Mobilität gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Châteauneuf-de-Grasse, den 26. Mai 2012

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin des Innern

Frau J. MILQUET

Der Staatssekretär für Mobilität

M. WATHELET

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C - 2013/14092]

3 AVRIL 2013. — Arrêté royal modifiant le permis de conduire provisoire

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi relative à la police de la circulation routière, coordonnée le 16 mars 1968, l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, l'article 21, alinéa 2, remplacé par la loi du 9 juillet 1976, l'article 26, remplacé par la loi du 9 juillet 1976 et l'article 27, remplacé par la loi du 9 juillet 1976 et modifié par la loi du 18 juillet 1990;

Vu l'arrêté royal du 23 mars 1998 relatif au permis de conduire;

Vu l'arrêté royal du 10 juillet 2006 relatif au permis de conduire pour les véhicules de catégorie B;

Vu l'arrêté royal du 4 mai 2007 relatif au permis de conduire, à l'aptitude professionnelle et à la formation continue des conducteurs de véhicules des catégories C, C+E, D, D+E et des sous-catégories C1, C1+E, D1, D1+E;

Vu l'arrêté royal du 8 janvier 2013 modifiant diverses dispositions relatives au permis de conduire AM, A1, A2 et A;

Vu l'association des gouvernements de région;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 23 avril 2012;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 20 juillet 2012;

Vu l'avis 51.348/4 du Conseil d'Etat, donné le 4 juin 2012, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition de la Ministre de l'Intérieur et du Secrétaire d'Etat à la Mobilité,

Nous avons arrêté et arrêtons :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modifications dans l'arrêté royal du 23 mars 1998 relatif au permis de conduire*

Article 1^{er}. Dans l'article 8, § 6, de l'arrêté royal du 23 mars 1998 relatif au permis de conduire, modifié par l'arrêté royal du 10 juillet 2006, le 2^o est abrogé.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C - 2013/14092]

3 APRIL 2013. — Koninklijk besluit tot wijziging van het voorlopig rijbewijs

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet betreffende de politie over het wegverkeer, gecoördineerd op 16 maart 1968, artikel 1, eerste lid, artikel 21, tweede lid, vervangen bij de wet van 9 juli 1976, artikel 26, vervangen bij de wet van 9 juli 1976 en artikel 27, vervangen bij de wet van 9 juli 1976 en gewijzigd bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het koninklijk besluit van 23 maart 1998 betreffende het rijbewijs;

Gelet op het koninklijk besluit van 10 juli 2006 betreffende het rijbewijs voor voertuigen van categorie B;

Gelet op het koninklijk besluit van 4 mei 2007 betreffende het rijbewijs, de vakbekwaamheid en de nascholing van bestuurders van voertuigen van de categorieën C, C+E, D, D+E en de subcategorieën C1, C1+E, D1, D1+E;

Gelet op het koninklijk besluit van 8 januari 2013 tot wijziging van verscheidene bepalingen betreffende het rijbewijs AM, A1, A2 en A;

Gelet op de betrokkenheid van de gewestregeringen;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 23 april 2012;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, gegeven op 20 juli 2012;

Gelet op het advies 51.348/4 van de Raad van State, gegeven op 4 juni 2012, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Binnenlandse Zaken en van de Staatssecretaris voor Mobiliteit,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

HOOFDSTUK 1. — *Wijzigingen in het koninklijk besluit van 23 maart 1998 betreffende het rijbewijs*

Artikel 1. In artikel 8, § 6, van het koninklijk besluit van 23 maart 1998 betreffende het rijbewijs, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 juli 2006, wordt de bepaling onder 2^o opgeheven.